

Umstrittenes Baugebiet nimmt letzte Hürde

Stadtparlament sagt Ja zum Neubaugebiet Mittelbuchen

Hanau (nic). Die verschiedenen Stellungnahmen füllen mehrere Aktenordner, die Debatte war lang und bisweilen sehr emotional, führte jedoch am Ende zu keiner Annäherung zwischen den Befürwortern und Gegnern des Vorhabens. Dennoch hat das Hanauer Stadtparlament nun den Weg frei gemacht für die Entstehung von 122 Wohnungen im umstrittenen Neubaugebiet Vor dem Lützelberg in Mittelbuchen. Allein: Ob damit tatsächlich das letzte Wort gesprochen ist oder eine verwaltungsgerichtliche Auseinandersetzung ansteht, wird sich noch zeigen müssen.

Im Rahmen der dritten und letzten Bürgerversammlung unmittelbar vor der Entscheidung des Stadtparlaments am vorvergangenen Montag waren die Emotionen noch einmal hochgekocht (wir berichteten), und hatte eine überaus hitzige Debatte gezeigt, dass die Gegner des geplanten Baugebiets sich nach wie vor kein Stück mehr für das Vorhaben erwärmen können, das die Stadt mit Bauträger Bien Ries im Nordwesten Mittelbuchens plant. Während OB Claus Kaminsky rein

emotional Verständnis für die Interessen der Anwohner zeigte, fand er für die Art und Weise der Auseinandersetzung überaus kritische Worte.

OB kritisiert Druck auf Mandatsträger

So sei seitens der Gegner des Neubaugebiets ein solcher Druck auf Mandatsträger des Ortsbeirats ausgeübt worden, dass jene am Ende entgegen ihrer eigentlichen Überzeugung votiert hätten, sagte Kaminsky. Zwar wurde er „aus Gründen des Persönlichkeitsschutzes“ nicht konkreter, nannte die ihm zugetragenen Vorgänge jedoch „ein absolutes Alarmsignal“. Der Ortsbeirat Mittelbuchen hatte zuvor gegen das Vorhaben gestimmt.

Kritisch betrachtete der OB auch eine Stellungnahme aus dem Hessischen Umweltministerium, die am Donnerstag vor dem geplanten Satzungsbeschluss und damit „jenseits aller Fristen“ bei der Stadt eingegangen war. Darin bekundet ein Mitarbeiter des Ministeriums Zweifel daran, dass dem Artenschutz bei dem Bauvorhaben hinreichend Genüge getan werde – mutmaßlich mit dem Ziel, das

Bauvorhaben zu verzögern, so Kaminsky. Während der Rathauschef ebenso wie die Mehrheit der im Stadtparlament vertretenen Fraktionen in ihren Stellungnahmen nochmals mehr oder weniger detailliert ausführten, dass (CDU, SPD, BfH, FDP und Republikaner) und warum (Wohnungsdruck im Baugebiet Rhein-Main, Zunahme des Verkehrs in hinnehmbaren Ausmaß, vorhandene Ausgleichflächen für Feldhamster) das Vorhaben letztendlich ihre Zustimmung findet, konnten sich ausgerechnet die Grünen als Teil der Hanauer Regierungskoalition dazu eben nicht durchringen – und enthielten sich stattdessen in der Abstimmung.

Fraktionschef Stefan Weiß räumte ein, dass jene Entscheidung bei den Koalitionären zu Irritationen geführt habe. Die Zustimmung zum geplanten Baugebiet war nämlich eine Vereinbarung, die seinerzeit bereits im Koalitionsvertrag festgeschrieben worden war. Dass seine Fraktion sich jedoch nun außerstande sehe, das Vorhaben mitzutragen, begründete Weiß mit dem Umstand, dass die extrem konfliktreiche

Auseinandersetzung zu jenem Zeitpunkt noch keineswegs abzusehen gewesen sei. Nach intensiver Prüfung sehe seine Fraktion die Konflikte keineswegs als gelöst an und habe insbesondere wegen der kritischen Stellungnahmen der Naturschutzverbände NABU, BUND und HGNO Bauchschmerzen.

Zu wenig Raum für den Feldhamster

Die kritisieren die Ausgleichsflächen für den vom Aussterben bedrohten Feldhamster vor allem als flächenmäßig zu klein und zu weit entfernt vom aktuellen Hamster-Habitat. Mit den Grünen enthielt sich am Ende auch der fraktionslose Stadtverordnete Robert Erkan (FGH), Gregor Wilkenloh (ALL) votierte dagegen.

OB Kaminsky zeigte sich im Hinblick darauf, dass die Umweltverbände möglicherweise den Klageweg beschreiten könnten, keineswegs beunruhigt. Seiner Auffassung nach sei jeder zu klärenden Frage detailliert nachgegangen worden. Wer das für rechtswidrig halte, dem stehe der Rechtsweg ausdrücklich offen.